

LEITARTIKEL

## Polizeihaushalt 2021 – zu wenig innovative Ideen der Landesregierung

Am 6. Juli 2020 hat die Niedersächsische Landesregierung auf einer Klausur in Hannover ihren Entwurf für den Haushalt 2021 beraten und der Öffentlichkeit präsentiert. In allen Bereichen hakt und knackt es, so auch bei der Polizei. Die GdP war wieder gemeinsam mit ver.di, GEW und dem DGB als Dachverband vor Ort und wir haben unsere notwendigen Forderungen dargelegt.

**Dietmar Schilff**

Landesvorsitzender

Unser Gemeinwesen und unsere Demokratie funktionieren nur mit einem gut aufgestellten öffentlichen Dienst. Dies zeigt sich in „normalen Zeiten“, aber insbesondere in Krisenzeiten wie jetzt. Für die Polizei heißt das, dass sie finanziell besser ausgestattet sein muss, um die zusätzlichen Aufgaben und Herausforderungen bewältigen zu können. Der Haushaltsansatz der Landesregierung für den Polizeibereich im Sach-, Personal- und Investitionsbereich ist seit Jahren ungenügend und auch der jetzige Regierungsentwurf macht dies nicht besser.

Die wichtige und gute Arbeit der Polizei für die Menschen in Niedersachsen bedarf mehr Finanzmittel. Daher muss man den Kabinettsvorschlag nachbessern und die Regierungsfaktionen müssen aktiver und nachdrücklicher werden. Es ist endlich an der Zeit, bei der Polizei kräftiger in Personal, Liegenschaften und Digitalisierung zu investieren.

Wir sagen es seit Jahren: Niedersachsen hängt den meisten anderen Bundesländern weit hinterher, unter anderem auch, was die Bezahlung anbetrifft. Die Gefahr besteht, dass geeignetes Personal woanders hingeht. Es ist aber auch eine Frage von Wertschätzung, Attraktivität und Arbeitszufriedenheit, dass auch in Niedersachsen die gute Arbeit besser bezahlt wird als derzeit. Es ist unhaltbar, dass Polizeibeamte/-innen in Niedersachsen im Vergleich zu Kollegen/-innen der meisten anderen Länder sowie dem Bund Hunderte von Euro monatlich weniger bekommen. Es gibt kaum Perspektiven für die Verbesserung der persönlichen Situation



Foto: GdP Niedersachsen

Der GdP-Landesvorsitzende Dietmar Schilff beantwortet am Rande einer Demonstration zur Haushaltsklausur die Fragen eines Journalisten. Gemeinsam mit GEW und ver.di hat auch die GdP am 6. Juni für Nachbesserungen im Haushalt 2021 demonstriert.

der Polizeibeschäftigten. Dies wird von der Politik sogar bestätigt und auch der niedersächsische Koalitionsvertrag von SPD und CDU aus dem Jahr 2017 sowie andere Papiere sehen hier dringenden Nachbesserungsbedarf und benennen Handlungsoptionen.

Als erste Maßnahme muss unbedingt die verordnete globale Minderausgabe in Höhe von 4,9 Millionen Euro jährlich gestrichen werden. Die Handlungsmöglichkeiten der Polizei werden damit stark begrenzt. Es steht schon jetzt fest, dass diese ressortspezifische Sparvorgabe nicht aus dem Sachhaushalt erbracht werden kann, da Mieten, Dolmetscherkosten und anderes gestiegen sind und somit also der Personalhaushalt betroffen sein wird. Gegen diese Ideen werden wir massiv Sturm laufen, da schon seit Jahren trotz zusätzlicher Aufgaben eine Personalunterdeckung bei Polizeivollzugs- und Poli-

zeiverwaltungsbeamten/-innen sowie im Tarifbereich besteht. Die Menschen arbeiten an der Grenze, teilweise sogar darüber hinaus. Die Krankenquote, die zu täglichen personellen Ausfällen führt, ist viel zu hoch. Wann sieht das die Politik endlich ein?

Schon wieder müssen nunmehr für den Haushalt 2021 entscheidende Punkte von den Regierungsfaktionen in die Haushaltsberatungen eingebracht werden, um auszugleichen, was die Landesregierung in ihrem Entwurf versäumt oder nicht berücksichtigt hat.

Wir als GdP bleiben dran, führen mit den politisch handelnden Personen weiter Gespräche und stellen die berechtigten Forderungen dar.

**Attraktivität – Wertschätzung – Arbeitszufriedenheit, dieser Dreiklang muss sich in den Haushalten widerspiegeln! ■**





Dr. Mehrdad Payandeh

Foto: DGB Niedersachsen



## GASTBEITRAG

## Wir müssen Wunder bewirken

### Dr. Mehrdad Payandeh

Der Vorsitzende des DGB in Niedersachsen hat für diese Ausgabe des DP-Landesteils einen Gastbeitrag geschrieben.

Unsere Gesellschaft steht an einem Scheideweg. Schaffen wir es, die Weichen für eine bessere Zukunft zu stellen? Frieden und Freiheit sind Grundpfeiler unseres demokratischen Rechtsstaates. Wenn Organen des Rechtsstaates ihre Legitimation abgesprochen wird, wenn Angriffe auf Polizisten oder Kräfte bei Demonstrationen zur Normalität erklärt werden, dann verschiebt sich der gesellschaftliche Diskurs. Dies ist bedrohlich, wenn eine schweigende Mehrheit es zulässt. Die Anlässe sind sehr verschieden, die Richtung aber klar: Die öffentliche Ordnung verliert offen-

sichtlich ihren Stellenwert. Respektlosigkeit gegenüber oder Übergriffe auf Polizistinnen und Polizisten nehmen zu. Weder die Kritik an rassistischen Ressentiments noch Proteste gegen Corona-bedingte Einschränkungen rechtfertigen eine solche Entwicklung. Unsere Demokratie bietet genügend Freiräume für Kritik – auch für eine überfällige Debatte über Rassismus in unserer Gesellschaft. Jeder und jede von uns ist aufgefordert, sich für Frieden und Freiheit einzusetzen. Wir Gewerkschaften stehen dazu uneingeschränkt. Die zweite Zukunftfrage lautet: Wie soll unsere Wirtschaft

aussehen, wie der Wohlstand von morgen verteilt sein? In den letzten Jahren passierten viele Reformen mit dem Ziel, Löhne und Gehälter niedrig zu halten, Arbeitnehmerrechte und Mitbestimmung einzuschränken und die Arbeitszeit zu flexibilisieren. Steuern auf Vermögen und hohe Erbschaften wurden gesenkt, indirekte Steuern hingegen erhöht. Unter dem Vorwand des Bürokratieabbaus wurde viel Personal im öffentlichen Dienst abgebaut.

Die Folgen kennen wir inzwischen gut: Die Kluft zwischen Reich und Arm ist heute größer denn je. Jeder zehnte Beschäftigte braucht einen zweiten Job. Personalabbau im öffentlichen Dienst und Sparhaushalte führten bei der Polizei, in den Schulen und anderen Behörden zu Arbeitsverdichtung und Stress. Und volkswirtschaftlich? Auf Ein-Euro-Jobs folgten Ein-Euro-Shops. Das als Geschäftsmodell für einen modernen Standort zu nehmen, erweist sich als völlig untauglich. Stattdessen brauchen wir gute Arbeitsbedingungen und innovative Unternehmen sowie einen handlungsfähigen Staat mit moderner Infrastruktur.

Für eine solche Strategie braucht es ein starkes Signal, einen Wumms für mehr Investitionen. Wir Gewerkschaften haben mit einem Drei-Säulen-Konzept Vorschläge für eine Investitionsoffensive vorgelegt, um unser Bundesland zukunftsfest und nachhaltig aufzustellen. Dazu gehören Investitionen in öffentliche Sicherheit und Bildung. Wer Leistung von seinen Beschäftigten abverlangt und gute Leute haben will, muss gute Arbeitsbedingungen und gutes Geld anbieten. Nur so kann die Kluft zwischen Arm und Reich kleiner und die Mitte der Gesellschaft gestärkt werden. Nur so bekommt Arbeit ihre Würde zurück. Nur so lässt sich Wohlstand für alle organisieren. Aber jetzt gilt es, gemeinsam die Corona-Pandemie gut zu überstehen. Deshalb haben wir als DGB – mit der Landesregierung, Kirchen, Arbeitgebern und den demokratischen Parteien im Landtag – das Bündnis „Niedersachsen hält zusammen“ initiiert. Wir wollen in dieser schwierigen Zeit ein starkes Netzwerk für Menschlichkeit bilden. Wir wollen niemanden zurücklassen. Denn für eine bessere Zukunft können wir nicht auf ein Wunder warten. Das Wunder müssen wir selbst bewirken. Und aus der Krise eine Chance machen – für uns und unsere Kinder! ■

## ARBEITSZEIT

## „Chips auf dem Sofa sind ungesund“

Was haben Chips und ein Zwölf-Stunden Dienst gemeinsam? Und warum ist es wichtig, darüber zu reden? Aktuell steht in der Polizei Niedersachsen eine Überarbeitung der Arbeitszeitregelungen an. Eine wichtige Rolle wird dabei spielen, wie wir mit wissenschaftlichen Erkenntnissen umgehen. Denn eigentlich wissen wir ja, dass Chipsessen auf dem Sofa ungesund ist.

### Sascha Göritz

„Schleichende Prozesse“ sind gemein. Wenn ich jeden Abend eine Tüte Chips auf dem Sofa esse, merke ich zunächst nicht, dass das ungesund ist. Wenn ich die Chips – wie einen Griff auf eine heiße Herdplatte mir den Finger verbrennt – sofort zu spüren bekomme, würde ich sie vermutlich nicht essen. Wir haben gelernt: Der tägliche Konsum von fettigem Essen, mangelnde Bewegung oder das Rauchen schaden uns langfristig. Wir wissen dies, weil die Gesundheitswissenschaft nach jahrelanger Forschung uns die Langzeitfolgen präsent vor Augen hält. Wir haben akzeptiert: Jeden Abend eine Tüte Chips zu essen ist ungesund für unseren Körper. Auch wenn es lecker ist, wir lassen es, weil man uns sagt, es sei nicht gut für uns.

Nun untersuchen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aber nicht nur unsere Essgewohnheiten, sondern sie erforschen auch andere Dinge unseres alltäglichen Lebens, die sich langsam schleichend – eben nicht so direkt wie eine heiße Herdplatte – auf unser Wohlbefinden, auf unsere Gesundheit auswirken.

So ist auch das Thema Arbeitszeit seit Jahrzehnten Bestandteil wissenschaftlicher Forschung. Hier sagen uns die Forschenden, dass es ungesund sei, zu lange zu arbeiten, zu wenig Pausen zu machen, zu wenig auf längere Ruhezeiten zu achten.

Und wie gehen wir mit diesen wissenschaftlichen Erkenntnissen um? Als Individuen tun wir es gern ab: „Was geht mich das an?“ „Wenn ich oft zwölf Stunden am Stück arbeiten kann, habe ich mehr frei und muss nicht so oft auf der Dienststelle sein!“ „An den kurzen Wechsel mit wenig Schlaf vor Mitternacht habe ich mich gewöhnt, ist



Übermäßiger Chipskonsum wirkt sich negativ auf unsere Gesundheit aus. Doch auch Arbeitszeiten können für uns ungesund sein!

nicht so schlimm.“ „Ich mache keine Mittagspause, warum wird mir da automatisch eine halbe Stunde abgezogen?“

Wir haben die ganz individuellen Regelungen und Ausnahmen bei der Arbeitszeit lieb gewonnen. Wir wollen an ihnen festhalten, auch wenn die Arbeitsmedizin uns beweisen kann, dass es falsch sowie ungesund ist und uns langfristig schadet.

Beispiele gefällig? Mehrere Untersuchungen haben ergeben, dass das Unfallrisiko ab der achten bzw. neunten Arbeitsstunde exponentiell ansteigt. Dabei gilt: Die zwölfte Arbeitsstunde weist ein doppelt so hohes Unfallrisiko auf wie der Durchschnitt der ersten bis achten Arbeitsstunde. Im Vergleich zur Frühschicht weises Nachtschichten ein um 27 Prozent höheres Unfallrisiko auf. Das um die Arbeitsdauer bereinigte Unfallrisiko in der Zeit zwischen 18 und 6 Uhr

ist um 70 Prozent höher als zwischen 7 und 17 Uhr. (Alberts/Bürger: Die POLIZEI, Heft 8/18, S. 221).

Die Chipstüte beiseite zu legen, haben wir (meistens) geschafft, nun müssen wir es schaffen, die gesunderhaltende Vernunft auch im Management unserer Arbeitszeit wirken zu lassen.

Legendenumwoben und mit einer Menge Wirkkraft ausgestattet hilft uns dabei die EU-Arbeitszeitrichtlinie mit konkreten Inhalten für die Sicherheit und den Gesundheitsschutz. Und ja: Die Richtlinie mit ihren Mindestschutzmaßnahmen gilt in 99 Prozent der Fälle auch für den Bereich der Polizei! Lasst uns also alle gemeinsam für ein Arbeitszeitmodell kämpfen, das uns langfristig gesund hält und dennoch auf individuelle Bedürfnisse gesetzeskonform eingeht. Es wird Zeit! ■

**POLIZEI**  
**DEIN PARTNER**  
Gewerkschaft der Polizei

*Wir brauchen dich!*

Der VDP – der Verlag deiner Gewerkschaft – sucht Kollegen, die neben Beruf oder Ruhestand Zeit und Lust für eine gut bezahlte Tätigkeit als freiberuflicher Anzeigenverkäufer in Niedersachsen haben.

Hilf uns, unsere Präventions- und Festschriften für die GdP in Niedersachsen zu bewerben und herauszubringen. Nähere Informationen erhältst du unter [www.vdp-polizei.de](http://www.vdp-polizei.de). Oder ruf uns an unter Telefon 0211 7104-183 (Antje Kleuker).

*Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit mit dir!*



**VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH**  
Anzeigenverwaltung  
Ein Unternehmen der Gewerkschaft der Polizei  
Forststraße 3a, 40721 Hilden  
Telefon 0211 7104-183, Frau Antje Kleuker  
[antje.kleuker@vdp-polizei.de](mailto:antje.kleuker@vdp-polizei.de)  
[www.vdp-polizei.de](http://www.vdp-polizei.de)





**Astrid Jacobsen**, 50 Jahre, Soziologin, Ethnografin und Polizeiforscherin, seit 2009 Professorin an der Polizeiakademie Niedersachsen mit den Schwerpunkten Polizei in der Einwanderungsgesellschaft/ Interkulturelle Kompetenz

## Im Gespräch

# Rassismus in der Polizei?

Der Vorwurf von „latentem Rassismus“, eine menschenverachtende Kolumne in der taz, Anfeindungen in sozialen Netzwerken und bei Demonstrationen: Die Diskussion über Rassismus und Polizeigewalt ebbt nur langsam ab. Die GdP hält es dafür umso wichtiger, die Debatte zukunftsgerichtet und konstruktiv zu führen. Wir haben deshalb die Soziologin Astrid Jacobsen und PHK Mauritius Fahrbach an einen Tisch mit dem GdP-Landesvorsitzenden Dietmar Schilff geholt, um über das Thema aus wissenschaftlicher und aus alltäglicher Sicht zu sprechen.

### DP: Warum ist die Debatte über „Rassismus in der Polizei“ aus den USA nach Deutschland „übergeschwappt“?

**Jacobsen:** Weil es auch hier ein Thema ist! Wenn Tausende Menschen in Deutschland auf die Straße gehen und sagen „wir erleben Alltagsrassismus“, dann muss man hinzuhören! Das gilt nicht nur für die Polizei, sondern für alle angesprochenen gesellschaftlichen Bereiche. Dabei ist es wenig ergiebig zu sagen „alle Polizisten sind Rassisten“ oder „es gibt keinen Rassismus in der Polizei“. Es bringt aber auch nichts, jedes Mal von Einzelfällen zu sprechen. Ich glaube, man muss unterhalb der Einzelfälle gucken, also unterhalb der Ebene, die von der Organisation bearbeitet wird. Wissenschaftlich ist das bislang nur unzulänglich erforscht, einzelne Studien geben durchaus Hinweise, dass Rassismus auch in der Polizei zu finden ist. Wir wissen aber nicht, in welchem Umfang, auf welcher Ebene, welche Einstellung dahintersteht, welches Verhalten zu sehen ist und wie die strukturellen Rahmenbedingungen sind.

### DP: Herr Fahrbach, was hat die Debatte um „latentem Rassismus in der Polizei“, die von der SPD-Vorsitzenden Saskia Esken ausgelöst wurde, bei Ihnen bewirkt?

**Fahrbach:** Mich hat der Begriff der Latenz gestört. Ich habe ihn als eine „tief verwurzelte innere Haltung, die unterschwellig bei jedem Handeln und Einschreiten mit-schwingt“ interpretiert. Das habe ich zum einen nie so erlebt und zum anderen bin ich der Überzeugung,

dass ich so auch nie gehandelt habe. Eben die Unterstellung der Latenz, also dieses flächendeckende Unterschwellige, ist es, was ich befremdlich und nicht treffend fand. In jeder Debatte sind wir zurecht um Differenzierung bemüht. Wir sagen ganz bewusst nicht „es gibt DIE Ausländer“, denn DIE gibt es nicht.

**Schilff:** Ich habe erst mal nachgeschaut. Begrifflichkeiten nimmt man ja gerne automatisch hin und meint, ungefähr zu wissen, was gemeint ist. „Latent“ bedeutet demnach „verborgen“ oder „versteckt“. In der Öffentlichkeit ist das aber anders thematisiert worden. Wenn ich mit Menschen außerhalb der Polizei gesprochen habe, war für diese klar: Es wird der Polizei struktureller Rassismus unterstellt. Andere sind darauf aufgesprungen. Diese Vorhaltung verneine ich vehement, denn das würde ja bedeuten, die Polizei würde vorsätzlich Strukturen so gestalten, dass eine eventuell vorhandene rassistische Grundhaltung gefördert oder dem nicht entgegengehalten wird.

**Jacobsen:** In der Debatte wurde nicht gesagt, was mit „latentem Rassismus“ gemeint ist. Ich glaube, so wie Sie Latenz verstanden haben, haben es viele in der Polizei verstanden. Deswegen waren die Reaktionen auch so empört. Ob es so gemeint war, weiß ich nicht.

Einen gezielten, vorsätzlichen Rassismus würde ich bei allem, was ich von der Polizei Niedersachsen weiß, nicht unterstellen wollen. Es gibt neben dem vorsätzlichen Rassismus weitere Formen des Phänomens: Handeln, das jenseits einer Überzeugung rassistische Züge und Wirkungen hat. Es ist wichtig,

hier genauer hinzugucken. Das zu tun ist Aufgabe einer demokratischen Polizei und das würde ich mir von der Polizei auch wünschen. Ich kenne viele Polizeibeamtinnen und -beamte, die durchaus selbstkritisch sind. Diese, ich nenne sie mal „kritischen Polizeibeamtinnen und -beamten“, sind mir zu leise.

### DP: Herr Fahrbach, es gab in der Polizeiakademie in Nienburg ein Gespräch mit Frau Esken. Was war Ihre Botschaft an die SPD-Vorsitzende?

**Fahrbach:** Ich habe zum einen das angesprochene Problem mit der „Latenz“ und die dadurch missverständliche und stark emotionalisierte Debatte thematisiert. Die Debatte hat mehr Reibung als Bewegung erzeugt. Meine Botschaft ist, dass die Polizei mehr ist. Ich denke, die Bandbreite, die „die Polizei“ abdeckt und vor allem professionell und mit Achtung und Würde abdecken kann, die geht bei solchen Debatten verloren. Das ist schade.

**Jacobsen:** Man kann aber auch sagen: Die Polizei hat die Kritik nur auf einem Ohr gehört. Sie hat den Generalverdacht gehört, aber nicht die differenzierten, die kritischen Stimmen, die gesagt haben „natürlich haben wir eine demokratische Polizei und hinter der stehen wir auch und dennoch lohnt sich ein Blick auf das Thema ‚Rassismus und Polizei‘“. Also provokant formuliert: Wenn die Polizei die Kritik nur auf dem Generalverdachts-Ohr hört, bleibt vor lauter empörter Zurückweisung auch kein Raum mehr, sich differenziert kritisch mit etwas auseinanderzusetzen.



**Mauritius Fahrbach**, 34 Jahre, Polizeihauptkommissar aus Braunschweig, zuvor Zeitsoldat bei der Bundeswehr, seit 2009 bei der Polizei, seitdem u. a. in der Hundertschaft, im Einsatz- und Streifendienst, im Ermittlungsdienst, im Lage- und Führungszentrum, Leitungsfunktion im PK Oberharz, zurzeit im Masterstudiengang.

### DP: Frau Jacobsen sagte ja, dass es durchaus Probleme in der Polizei gäbe. Wo beginnt für Sie Rassismus und was haben Sie in Ihrem Alltag erlebt?

**Fahrbach:** Wenn zum Beispiel Kinder andere Kinder aufgrund von Äußerlichkeiten kränken, wie etwa ein dickes Kind, dann ist das eine Beleidigung und ist nicht in Ordnung. Wenn die gleichen Kinder – ohne wirklich von sich aus abwertend zu denken – ein Kind beleidigen, weil es eine andere Hautfarbe hat, ist auch das nicht in Ordnung. Aber ich finde es schwierig abzugrenzen, wann es als Rassismus zu werten ist und wo es sich „nur“ um eine Beleidigung handelt. „Sieht“ man tatsächlich, von welcher inneren Haltung eine Aussage getragen ist? Wenn ich es auf den Dienst übertrage: Ich wurde von Bürgern schon aufgrund meiner Hautfarbe beleidigt, ja. Aber dieser Bürger hätte mich auch beleidigt, wenn ich übergewichtig wäre. Er hatte mich beleidigt, weil er die Polizei beleidigen wollte. Wenn ein Beschuldigter im Streifenwagen sitzt und mich beleidigt und ihm fällt irgendwann nichts Besseres als meine Hautfarbe mehr ein, dann ist die Frage, ob er tatsächlich ein Rassist ist oder einfach nur ein bedauerenswert einfältiger Mensch.

### DP: Kann man aus wissenschaftlicher Sicht einordnen, wo Rassismus beginnt? Wo und wann entstehen im polizeilichen Alltag herablassende Äußerungen?

**Jacobsen:** Herr Fahrbach hat das subjektive Element deutlich gemacht. Was Sie beleidigt, lässt mich möglicherweise kalt und umgekehrt. Das spielt immer mit, aber ich finde es ganz wichtig, auch eine Perspektive jenseits der subjektiven Bewertung und vor allem des Vorsatzes zu haben. Denn es geht nicht immer um Vorsatz. Polizei bewegt sich immer wieder in Situationen, in denen es unübersichtlich ist, wo es hoch hergeht. Und wo schnelle Entscheidungen getroffen werden müssen, und natürlich greifen wir da auf unreflektiertes Wissen zurück. Wir haben alle Klischees und Vorurteile, die sich niedersetzen und die in rassistischem Verhalten münden können.

**Schilff:** Aber warum sagt man dann, dass das rassistisch ist? Vorurteilsbelastet ist jeder von uns, da muss man ansetzen, ohne unsere Kol-

leginnen und Kollegen mit dem Rassismuskonzept gleich in die „Naziecke“ zu stellen!

**Jacobsen:** Ich denke, das Hauptproblem sind Klischees, die entstehen ohne zu reflektieren. Da sind wir bei einer These aus meinen Forschungsarbeiten: In der Polizei gibt es rassistische Diskurse und das würde ich sehr ernst nehmen. Damit muss sich eine demokratische Polizei auch beschäftigen. Wenn man sagt, es gibt eine Einstellungsebene, es gibt eine Verhaltensebene und es gibt eine strukturelle Ebene, in der man Rassismus angucken kann, dann ist der Vorsatz nur in der Einstellungsebene vertreten.

Übrigens wird der Begriff des Rassismus und auch des Antirassismus wissenschaftlich kontrovers diskutiert und ich persönlich bin mit den Begriffen nicht froh. Es geht um Diskriminierung – ob jetzt mit oder ohne Vorsatz – um Diskriminierung aufgrund des Aussehens, aufgrund der Sprache oder aufgrund des Namens.

### DP: Herr Fahrbach, welche Rolle spielen Vorurteile und Stereotype in Ihrem Alltag? Ist man davor gefeit?

**Fahrbach:** Nein, gefeit ist man definitiv nicht. Aber das ist wiederum kein polizeispezifisches, sondern ein generelles Problem. Meines Erachtens wird das in ein paar Jahren komplett anders sein, da es immer mehr Menschen gibt, die mit Menschen anderer Herkunft aufgewachsen sind.

**Jacobsen:** Ich diskutiere mit meinen Studierenden, wenn sie aus dem Praktikum kommen, ihre Kontrollpraxis: Wonach gucken wir? Könnte es denn sein, dass da auch tatsächlich Diskriminierung aufgrund des Aussehens stattfindet? Hier wird durchaus

kontrovers diskutiert. Das ist es, was wir erreichen müssen: Dass reflektiert wird: Können wir polizeilich begründen, dass wir X oder Y anhalten, oder können wir das eigentlich nicht? Meine These ist, dass immer da, wo Polizei ohne konkreten Anlass agiert, Klischees und Vorurteile zuschlagen.

### DP: Damit sind wir da, wo wir am Anfang schon kurz drüber diskutiert haben. Sollte Rassismus in der Polizei oder Diskriminierung, wie Sie es lieber nennen, umfassend wissenschaftlich untersucht werden?

**Jacobsen:** Unbedingt!

**Fahrbach:** Eine Untersuchung brächte in jedenfalls keinen Schaden, ganz im Gegenteil: Keiner kann dabei verlieren, es kann ja auch durchweg positiv ausfallen. Am Ende muss es nur eine ergebnisoffene Untersuchung sein.

**Schilff:** Ob uns eine Studie helfen würde, da gibt es unterschiedliche Auffassungen. Die GdP sagt mehrheitlich, dass wir keine Untersuchung benötigen, weil wir der tiefen Überzeugung sind, dass wir diese Probleme nicht in der Struktur und auch nicht als generelles Problem bei den Beschäftigten haben. Aber natürlich muss man an dem Thema weiter dranbleiben. Deswegen haben wir als GdP gemeinsam mit Innenminister Pistorius die Initiative „Polizeischutz für Demokratie-Stärkung der demokratischen Resilienz“ (Anm. der Redaktion: Widerstandsfähigkeit) ins Leben gerufen, die jetzt in die Praxis überführt wird.

**Hinweis:** Das komplette Interview finden Sie auf: [www.gdpniedersachsen.de](http://www.gdpniedersachsen.de). ■



Von links: Astrid Jacobsen, Dietmar Schilff, Mauritius Fahrbach, Angela Sielaff.



Mein Schiff.



## UNBERÜHRTE NATUR HAUTNAH ERLEBEN.

NORWEGEN MIT OSLO II

Mein Schiff 6

Reisezeitraum 28.06.2021

8 Nächte · Balkonkabine

PRO-Tarif

ab **2.029€\*\***

**PREMIUM ALLES INKLUSIVE\***



### GdP-Mitgliederservice GmbH

Berckhusenstr. 133A  
30625 Hannover  
Tel.: 0511 - 530 38 0  
Fax: 0511 - 530 38 50  
service@gdpservice.de  
www.gdpservice.de



\* Im Reisepreis enthalten sind ganztägig in den meisten Bars und Restaurants ein vielfältiges kulinarisches Angebot und Markengetränke in Premium-Qualität sowie Zutritt zum Bereich SPA & Sport, Entertainment und Kinderbetreuung.

\*\* Preis pro Person bei einer Belegung von zwei Personen  
Irrtümer und Zwischenverkauf vorbehalten

Falls Sie Fragen haben oder Alternativangebote wünschen, beraten wir Sie gern!

TUI Cruises GmbH · Heidenkampsweg 58 · 20097 Hamburg · Deutschland  
Stand: 2020

### AUSSENTRAGEHÜLLE

## Der Preis ist heiß

Endlich ist sie da! Die ersten Kolleginnen und Kollegen haben die neue Außentragehülle vom LZN geliefert bekommen. Das Feedback ist positiv, doch es gibt auch Kritik.

Jahrelang hatte die GdP die Einführung einer Außentragehülle für die Schutzweste gefordert, nun ist sie endlich da. Nach ersten Trageversuchen im vergangenen Jahr können die Kolleginnen und Kollegen die Hülle über den Webshop des LZN bestellen.

Die ersten Rückmeldungen zum neuen Uniformteil sind dabei sehr positiv. Die Weste lässt sich demnach einfach anpassen und überziehen und hat eine rutschfeste, aber nicht zu enge Passform. „Vorher hatte ich meine gesamten Einsatzmittel in der Cargohose und an der Koppel. Die Seitentaschen der Hose waren vollgestopft, Funkgerät und Reizstoffsprühgerät klemmten am Gürtel. Bei einer Verfolgung zu Fuß habe ich spätestens nach 500 Metern die ersten Einsatzmittel verloren. Das gehört nun der Vergangenheit an“, berichtet Alexander Utin aus dem Einsatz- und Streifendienst in Hameln, der zu den ersten Käufern gehört.

Generell biete die Hülle durch ihre zahlreichen Taschen die Möglichkeit, deutlich mehr Führungs- und Einsatzmittel (FEM) wie Einmalhandschuhe, Multitool oder Erste-Hilfe-Set mitzuführen, anstatt sie bei Bedarf erst aus der Einsatztasche im Streifenwagen holen zu müssen.

Auch seien die an der Hülle angebrachten Laschen eine sehr gute Möglichkeit zur Befestigung von Bodycam und Sprechgarnitur des Funkgeräts. Kommunikations- und Beweismittel sind so auf der perfekten Höhe sofort verfügbar. Potenzial sieht Utin noch auf der Rückseite der Außentragehülle: „Die Klettfläche auf dem Rücken könnte zum Beispiel genutzt werden, um sich in bestimmten Situationen als Einsatzleiter oder Pressesprecherin kenntlich zu machen“, so der Hamelner.

Kritik üben Kolleginnen und Kollegen jedoch daran, dass die Außentragehülle bislang nur als Tragevariante für den Sommer

vorgesehen ist. Zwar soll in Zukunft eine Alternative zum knopffreien Poloshirt mit langen Ärmeln erhältlich sein, doch für den Winter wird das kaum ausreichen. „Unsere Einsatztrainerinnen und -trainer arbeiten daran, dass beim Umgang mit FEM Routinen antrainiert werden. Ein Wechsel der Trageposition zum Beispiel von Handfesseln je nach Sommer- oder Winteroutfit kann in Stresssituationen Nachteile haben“, so der stellvertretende Landesjugendvorsitzende Enrico Burtz.

Und auch der Preis hält viele Kolleginnen und Kollegen noch von einem Kauf ab. Zwar hatte das MI nach Forderung der GdP den Preis für eine Außentragehülle von 186 auf 172 Euro gesenkt, doch das Jahresbudget von 200 Euro für die gesamte Bekleidung ist allein mit dem Kauf der Weste und einem Poloshirt bereits überschritten. Anstatt das Budget zu nutzen, um verschlis-

sene Uniformteile zu ersetzen, wird daher in einigen Fällen eher auf die Außentragehülle gespart.

„Seitdem ich wusste, dass die Außentragehülle kommt, habe ich beim LZN nichts mehr ausgegeben. Nun habe ich die Weste, aber nur zwei Polohemden. Das sind definitiv zu wenig!“, beklagt sich daher auch Alexander Utin.

Doch „dem Dienstherrn sollte daran gelegen sein, dass die Kolleginnen und Kollegen ein modernes und sicheres Einsatzmittel tragen. Dies sollte aber nicht damit bezahlt werden, dass die anderen Uniformteile wie Hemden und Hosen nicht mehr gekauft werden, weil kein Geld mehr übrig ist. Zu einer modernen und gut ausgerüsteten Polizei gehört auch eine ansprechende Uniform. Das Kleidungsbudget sollte also deutlich erhöht und die Außentragehülle als Einsatzmittel kostenlos ausgeliefert werden“, fordert der Gewerkschafter Enrico Burtz. ■



Die neuen Außentragehüllen sind im Webshop des LZN bestellbar. Das Mollesystem bietet Befestigungsmöglichkeiten für diverse mitgelieferte Taschen.

**REDAKTIONSSCHLUSS**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Redaktion des DP-Niedersachsen-Teils freut sich auf eure Artikel und Berichte. Solltet ihr einen Artikel planen, teilt es uns gerne frühzeitig mit. Damit erleichtert ihr uns die Planung. Zuschriften für die übernächste Ausgabe 10/2020 können bis zum 28. August 2020 per E-Mail an [redaktion@gdpniedersachsen.de](mailto:redaktion@gdpniedersachsen.de) übersandt werden. Vielen Dank.

**AUSSTELLUNG****Wie „verteidigt“ man eine Demokratie?**

Nach einer Corona-bedingten Zwangspause setzt die Ausstellung „Freunde, Helfer, Straßenkämpfer – Die Polizei in der Weimarer Republik“ im September ihren Weg durch Niedersachsen fort. Sie ist dann in Hameln zu sehen – und das mit neuem Konzept, das zum Mitmachen einlädt.

Insbesondere nach den Debatten in den letzten Wochen und Monaten über Rassismus und Polizeigewalt, angesichts von Polarisierung und Populismus, Hetze und Hassreden sowie zunehmender physischer und psychischer Gewalt gegen Beschäftigte des Staates sowie engagierte Menschen wollen die „Macher“ der Ausstellung mehr noch als zuvor die Lehren aus der Weimarer Zeit ins „Heute“ holen. Die GdP-Bezirksgruppe Göttingen unterstützt gemeinsam mit der Personalvertretung der PI Hameln aktiv das Projekt.

**„Freunde, Helfer, Straßenkämpfer – Die Polizei in der Weimarer Republik“**

vom 1. September bis 4. Oktober 2020 im Kunstkreis Hameln.

**GdP-Kontakt: Ralf Hermes, Handy 0176-47764415 oder [ralf.hermes@gdp-goettingen.de](mailto:ralf.hermes@gdp-goettingen.de)**

„Die Frage ist, was man vor Ort praktisch tun kann! Wie können wir unsere Kolleginnen und Kollegen, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes sowie Menschen, die sich für unsere Gesellschaft einsetzen, schützen? Wie beugt man Übergriffen, Angst, aber auch Verführungsversuchen von Populisten und Extremisten vor?“, so BG-Vorsitzender Ralf Hermes.

Die GdP engagiert sich seit vielen Jahren im Themenfeld „Demokratieschutz“. Die Polizeiführung Hameln lädt nun gemeinsam mit dem Personalrat interessierte Menschen, Lehrerinnen und Lehrer, Verantwortliche in Vereinen, Verbänden und Verwaltungen ein, sich am „zivilgesellschaftlichen Engagement“ rund um die Ausstellung zu beteiligen. Ralf Hermes: „Neben den Gesprächen untereinander ist es wichtig, dass wir als Polizei uns auch mit Schülerinnen und Schülern und BOS-Einsatzkräften austauschen und vielleicht gemeinsam die Diskussion mit der Politik suchen.“

Die GdP werde dies begleiten und zusammen mit dem DGB Hameln-Pyrmont zusätzlich im Herbst mit einer weiteren Ausstellung „Für Freiheit und Demokratie – Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold im Kampf für die Demokratie 1924–1933“ fortführen. ■

**Termin****JHV der KG Braunschweig am 3. September 2020**

Die GdP-Kreisgruppe Braunschweig lädt ihre Mitglieder recht herzlich zur diesjährigen Mitgliederversammlung, am 3. September 2020, um 16 Uhr, im Konferenzraum 3 (Gelände der Friedrich-Voigtländer-Str. 41), ein. Unter anderem werden wir auch in diesem Jahr unsere Jubilare in einem würdigen Rahmen ehren. Zur Wahrung und aufgrund der derzeitigen Corona-Regeln bitten wir um vorherige Anmeldung per E-Mail an [frank.voigtlaender@polizei.niedersachsen.de](mailto:frank.voigtlaender@polizei.niedersachsen.de) oder telefonisch über (0531) 476 3007.

**Frank Voigtländer**

**Nachruf**

**Die Gewerkschaft der Polizei – Landesbezirk Niedersachsen – trauert um folgende verstorbene Kollegin**

**Jantzen, Martina, 29.09.1962**

Krs.-Gr. Wesermarsch

**Wir werden ihr ein ehrendes Andenken bewahren.**

**POK aus Bremen sucht Tauschpartner aus Niedersachsen.**

**Kontakt: [andre.meins@polizei.bremen.de](mailto:andre.meins@polizei.bremen.de)**

**DP – Deutsche Polizei**  
Niedersachsen

**Geschäftsstelle**  
Berckhusenstraße 133 a, 30625 Hannover  
Telefon (0511) 53037-0  
Telefax (0511) 53037-50  
[www.gdpniedersachsen.de](http://www.gdpniedersachsen.de)  
[gdp-niedersachsen@gdp.de](mailto:gdp-niedersachsen@gdp.de)  
Adress- und Mitgliederverwaltung:  
Zuständig sind die jeweiligen  
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

**Redaktion**  
Philipp Mantke (V.i.S.d.P.)  
Berckhusenstraße 133 a, 30625 Hannover  
Telefon (0511) 53037-0  
Telefax (0511) 53037-50  
E-Mails an:  
[redaktion@gdpniedersachsen.de](mailto:redaktion@gdpniedersachsen.de)  
[leserbrief@gdpniedersachsen.de](mailto:leserbrief@gdpniedersachsen.de)